



RECHTSRADIKALISMUSFORSCHERIN DR. BRITTA SCHELLENBERG

„WIR MÜSSEN UNSERE FREIE GESELLSCHAFT STÄRKER VERTEIDIGEN“

Dr. Britta Schellenberg forscht am Geschwister-Scholl-Institut für Politikwissenschaft der LMU über Rechtsextremismus. Sie verfasst Gutachten für den Bundestag und hilft Bundesländern, Anti-Rassismus-Konzepte zu erarbeiten. Im MUM-Interview spricht sie über erfolgversprechende Bekämpfungsstrategien, Corona-Verschwörungstheorien und die Anti-Rassismus-Bewegung nach dem Tod von George Floyd.



MUM: Frau Dr. Schellenberg, die schreckliche Bluttat von Hanau, die Attacke von Halle an der Saale, der Mord an Walter Lübcke, das OEZ-Attentat in München: Wieso kommt es aktuell vermehrt zu rechten Anschlägen?

Britta Schellenberg: Das Problem des Rechtsextremismus begleitet uns seit Beginn der Bundesrepublik Deutschland. Aber die Aggressivität und Gewalttätigkeit hat sich in jüngster Zeit ausgeweitet und potenziert. Neben den klassischen Feindbildern wie Menschen mit ausländischen Familienbiografien trifft es jetzt auch Bevölkerungsgruppen wie Journalisten und Politiker oder Menschen, die sich für Obdachlose beziehungsweise Geflüchtete einsetzen.

MUM: Bayerns Innenminister Joachim Herrmann hält Rechtsextremismus für die größte Gefahr für die innere Sicherheit. Wenn es um Extremismuskonzepte geht, wird in Bayern aber fast immer auch notorisch von Linksextremismus gesprochen.

Schellenberg: Ich rate dazu, Abstand vom Rechts-Links-Schema zu nehmen, weil diese Debatte der Bearbeitung unserer Probleme nichts bringt. Es geht um Hass- und Vorurteils kriminalität, die unsere freie Gesellschaft bedroht: Ob ein Antisemit rechts oder links eingestellt ist oder aus einem islamistischen Hintergrund handelt, ist für die Aufarbeitung der Tat zwar wichtig, reicht aber für eine umfassende Problemanalyse und für angemessene Gegenstrategien nicht aus.

MUM: Sie saßen in der Thüringer Enquete-Kommission der Landesregierung, um die Ursachen von Rassismus und Diskriminierung zu untersuchen. Wie sah das genau aus?

Schellenberg: Wir haben mit Expertinnen und Experten aus allen Bereichen verschiedene deutsche und internationale Forschungsergebnisse aus dem Bereich Rassismus, Diskriminierung und Rechtsextremismus diskutiert, um die für Thüringen passende Bekämpfungsstrategie zu finden. Leider hat sich die Situation vor den näherrückenden Landtagswahlen zugespitzt und die tonangebenden Leute in der CDU haben sich von den gemeinsamen Ergebnissen zunehmend distanziert. Personen wie AfD-Fraktionschef Björn Höcke haben die Sachverständigen mit ausländischen Familienbiografien von Anfang an nicht als gleichwertige Gesprächspartner anerkannt. Danach war keine Zusammenarbeit in der Kommission mehr möglich. Es besteht aber dennoch Hoffnung, dass die über drei Jahre erarbeiteten, aktenordnerfüllenden guten Ideen nicht verstauben, sondern Ausgangspunkt für eine gute Praxis gegen Rassismus, Diskriminierung und Rechtsextremismus werden.

◀ **Vorsicht, Ansteckungsgefahr: Corona gibt Rechtsextremisten Auftrieb.**

MUM: Was könnte Bayern aus den Strategiepapieren übernehmen?

Schellenberg: Bayern sollte das Wissen und die Strukturen in den Behörden verbessern, zum Beispiel unabhängige Beschwerdestellen einrichten, damit mögliche interne Probleme nicht unter den Tisch fallen. Besonders wichtig ist, dass das Personal im Bereich Demokratie und Menschenrechte noch fitter wird. Und es sollte Schulungen zum Thema Rassismus und Hasskriminalität geben, weil die neuen Gesetze vielen noch gar nicht bekannt sind. Es wäre toll, wenn unsere Unterlagen in anderen Bundesländern weiter ausgewertet werden würden. Ich habe mit einem Team der LMU mit „Den Menschen im Blick“ auch ein Antidiskriminierungstraining speziell für die kommunale Verwaltung und Wohlfahrtsverbände entwickelt. Aktuell unterstützen wir die Stadt München, es für ihren Bedarf zu adaptieren.

MUM: In Zeiten von Corona werden in Bayern asiatisch aussehende Menschen rassistisch angegriffen, rechte Parteien versuchen mit vermeintlicher Nachbarschaftshilfe neue Anhänger zu gewinnen. Gibt Covid-19 Rechtsextremismus Auftrieb?

Schellenberg: Ja, noch schwerwiegender allerdings auf globaler Ebene. Tatsächlich verbreitet in vielen Ländern auch politisches Führungspersonal die üblichen rassistischen Verschwörungstheorien über die Gründe für den Ausbruch des Virus oder über Profiteure. In Deutschland hat die politische Ebene vernünftig und besonnen reagiert. Aber in sozialen Netzwerken und einschlägigen Gruppen fallen solche Theorien auf fruchtbaren Boden und wir beobachten auch einzelne Gewalttaten. Hier sollte schnell und klar die Strafverfolgung einsetzen.

MUM: Auch in Bayern sind rechte Parteien stark, obwohl es den Menschen doch wirtschaftlich vergleichsweise gut geht. Wie erklären Sie sich das?

Schellenberg: Rechte Parteien wählen nicht nur Arbeitslose oder Protestwähler. Studien zeigen: Die meisten Wähler sind Männer mittleren Alters, die solide im Beruf stehen. Es sind oft Menschen, die Angst um ihre soziale und finanzielle Position in der Gesellschaft haben, zum Beispiel durch die Gleichstellung von Frauen und Menschen mit ausländischen Familienbezügen. Sie sind objektiv nicht benachteiligt. In der Wissenschaft nennen wir das relative Deprivation.

MUM: Wie lässt sich der Aufstieg rechter Parteien stoppen?

Schellenberg: Es gibt einen Trend in Deutschland, dass die Menschen liberaler, weltoffener und demokratiefreundlicher werden. Daher hängt sehr viel davon ab, wie man mit potenziell demokratiefeindlichen Wählern im öffentlichen Diskurs umgeht. Nimmt man „besorgte Bürger“ und ihre Ängste vor sogenannten Fremden und „Volksverrätern“ ernst oder sagt man, Menschenverachtung und NS-Ideologie haben bei uns in der Gesellschaft

keinen Platz? Ich halte aus diesem Grund eine Politik, die demokratiefeindliche Positionen verstehen will, für brandgefährlich.

MUM: Glauben Sie, Rassismus lässt sich dauerhaft besiegen? Der LMU-Wirtschaftshistoriker Davide Cantoni hat herausgefunden, dass rechte Parteien dort erfolgreich sind, wo es vor 80 Jahren auch schon die NSDAP war.

Schellenberg: Natürlich gibt es Traditionen bei der politischen Haltung und beim Wahlverhalten – das zeigt sich in der Tat in Bayern und Franken bis heute auf regionaler Ebene. Andererseits sehen wir heute etwa in München, dass in Gegenden mit Menschen mit unterschiedlichen Familienbiografien und Religionen nur ganz wenig rechtsradikal gewählt wird, obwohl dort früher auch die NSDAP stark war.

MUM: Wie kamen Sie überhaupt dazu, sich mit dem Thema Rechtsextremismus auseinanderzusetzen?

Schellenberg: Ich habe mich schon als Jugendliche sehr für deutsche Literatur interessiert, die im 20. Jahrhundert stark von Ausgrenzungserfahrung und von der Frage, wie die Gesellschaft für den Einzelnen entsteht, geprägt war. Daher habe ich unter anderem Jüdische Studien und Germanistik studiert – mit Schwerpunkt Exilliteratur und innere Migration im Nazideutschland. Das Thema menschenfeindliche Ausdrucksweisen hat dann auch meine Arbeit am Centrum für angewandte Politikforschung (CAP) und am GSI beeinflusst. Und tut es bis heute.

MUM: Ist es schwierig bei Ihrer Arbeit, stets optimistisch zu bleiben?

Schellenberg: Ich gebe zu, das ist nicht immer einfach, wenn man sich jeden Tag mit rassistischen Äußerungen und rechtsterroristischen Bestrebungen auseinandersetzt. Auf der anderen Seite leben wir in einer Gesellschaft, die es zu verteidigen lohnt. Wir sehen aktuell nach dem qualvollen Tod von George Floyd eine wachsende Anti-Rassismus-Bewegung. Auch in Deutschland werden Solidaritätsbekundungen mit den Opfern von Rassismus und Rechtsextremismus stärker: auf der Straße, im Netz bis hin zur Bundesregierung. Hier gilt es, auf der Grundlage wissenschaftlicher Analyse und aktueller Anforderungen zeitgemäße Strategien zur Stärkung unserer pluralen Demokratie zu entwickeln. ■ Interview: dl



▲ Dr. Britta Schellenberg (links) bei einem ihrer Antidiskriminierungstrainings für die kommunale Verwaltung und für Wohlfahrtsverbände



■ www.den-menschen-im-blick.de